

Bericht

des

Schweizerischen Bundesgerichts an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahre 1956

(Vom 11. Februar 1957)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Wir haben die Ehre, Ihnen gemäss Artikel 21 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege über die Tätigkeit des Bundesgerichts im Jahre 1956 Bericht zu erstatten.

A. Allgemeines

1. Auf Ende des Berichtsjahres sind die Herren Bundesgerichtspräsident Dr. Robert Petitmermet und Bundesrichter Albert Rais vom Amte zurückgetreten. An ihrer Stelle wählte die Bundesversammlung am 13. Dezember 1956 die Herren Dr. Pierre Cavin, Professor an der Universität und Advokat in Lausanne, und Dr. André Grisel, Professor an der Universität und Kantonsrichter in Neuenburg.

2. Am 17. Dezember 1956 wählte das Bundesgericht zum Präsidenten der Eidgenössischen Schätzungskommission des VII. Kreises (Kantone Graubünden und Tessin), anstelle des verstorbenen Herrn Oberforstinspektor Ugo Eiselin, den bisherigen 2. Ersatzmann, Herrn Dr. jur. Ugo Zentralli, Advokat in Roveredo (Graubünden).

3. Vernehmlassungen wurden erstattet:

dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement

zum Vorentwurf für ein neues Verantwortlichkeitsgesetz,

zum Entwurf Prof. Imboden für ein Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren;

dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement

zum Bundesgesetz über die wirtschaftliche Kriegsvorsorge, Entwurf zur Verordnung II betreffend das Aussonderungsrecht des Bundes an Pflicht-

lagern und Entwurf zur Verordnung III betreffend Schiedskommission für Pflichtlager;

der Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements zu den Rechtsschutzbestimmungen im Vorentwurf für das Bundesgesetz über wirtschaftliche Massnahmen gegenüber dem Ausland.

4. Das Bundesgericht hat, gestützt auf das über Erwarnten gute Ergebnis einer veranstalteten Subskription und nach Bewilligung des nötigen Kredites durch die Bundesversammlung, einen Nachdruck der vergriffenen Jahrgänge 1942–1950 der Amtlichen Sammlung seiner Entscheidungen (36 Bände) sowie der beiden Generalregister zu den Bänden 51–70 in Auftrag gegeben.

5. Im ordentlichen Geschäftsbereich des Bundesgerichts ist die Zahl der neu eingegangenen Fälle gegenüber dem Vorjahr in allen Rechtsgebieten zurückgegangen, bei den Zivilsachen um 67 und bei den staatsrechtlichen Streitigkeiten um 64, bei den Strafsachen dagegen nur um 3; im ganzen beträgt der Rückgang 158 Fälle.

Zahl der Sitzungen im Jahre 1956

Gesamtgericht	2
I. Zivilabteilung	30
II. Zivilabteilung	42
Staatsrechtliche Kammer	41
Verwaltungsrechtliche Kammer	21
Kassationshof	28
Schuldbetreibungs- und Konkurskammer	4
Anklagekammer	3
Bundesstrafgericht	2
	173
Total	173

Statistik über die Erledigungen von 1952 bis 1956

Natur der Streitsache	1952			1953			1954			1955			1956			Anf 1957 übertragen	
	Von 1951 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1952 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1953 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1954 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt	Von 1955 übertragen	Neu eingegangen	Erledigt		
<i>I. Zivilsachen:</i>																	
1. Direkte Prozesse	14	8	11	11	12	11	12	11	11	12	11	10	13	16	13	10	13
2. Berufungen gegen Urteile kantonaler Gerichte	109	434	433	110	439	442	107	428	422	113	447	456	104	404	412	412	96
3. Nichtigkeitsbeschwerden	1	14	12	3	11	11	3	6	7	2	23	18	7	9	14	2	2
4. Andere Zivilsachen (Revi- sions-, Erläuterungs- und Moderationsbegehren)	3	7	7	3	12	12	3	20	18	5	9	14	—	5	5	—	—
<i>II. Strafsachen</i>	57	486	492	51	485	457	79	504	492	91	459	477	73	456	449	80	80
<i>III. Staatsrechtliche Streit- igkeiten</i>	186	743	731	198	845	823	220	773	774	219	707	749	177	643	661	159	159
<i>IV. Verwaltungsrechtliche Streitigkeiten</i>	83	206	187	102	238	226	114	191	222	83	173	172	84	161	165	80	80
<i>V. a. Beschwerden betr. das Schuldbetreibungs- und Konkurswesen</i>	9	175	175	9	189	196	2	143	149	1	158	156	3	142	140	5	5
<i>b. Eisenbahn-, Hotel-, Gemeinde- und Ban- ken-Samierungen</i>	2	—	2	—	—	—	—	1	1	—	1	1	—	3	1	2	2
<i>VI. Freiwillige Gerichtsbar- keit</i>	—	3	3	—	1	1	—	3	2	1	3	3	1	5	4	2	2
Total	464	2076	2053	487	2232	2179	540	2085	2097	538	1996	2062	462	1838	1861	439	439

Natur der Streitsache	Gesamtzahl der erledigten Geschäfte	Dauer der Geschäfte										Mittlere Dauer von der Erledigung bis zur Zustellung des Urteils bzw. Beschlusses		
		Bis 1 Monat (= 30 Tage)	1 bis 3 Monate	3 bis 6 Monate	6 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre	Grösste Dauer		Mittlere Dauer				
								Jahre	Monate	Monate	Tage		Monate	Tage
<i>I. Zivilsachen:</i>														
1. Direkte Prozesse	10	1	1	—	5	3	—	1	11	27	9	13	80	
2. Berufungen	412	106	170	113	20	3	—	1	—	25	2	20	81	
3. Nichtigkeitsbeschwerden	14	8	3	3	—	—	—	—	3	12	1	7	25	
4. Revisionsbegehren, Er-läuterungsbegehren und Moderationsgesuche . . .	5	3	1	1	—	—	—	—	5	6	1	26	26	
<i>II. Strafsachen</i>	449	238	99	76	35	1	—	1	—	2	1	56	33	
<i>III. Staatsrechtliche Streitigkeiten und Enteignungen</i>	623	194	258	134	32	5	—	1	3	14	1	26	23	
<i>IV. Verwaltungsverfahrenliche Streitigkeiten</i>	165	17	57	52	33	4	2	2	11	10	4	24	33	
<i>V. Beschwerden betr. das Schuld-betreibungs- und Konkurs-wesen</i>	140	137	3	—	—	—	—	—	1	16	—	8	20	
Total	1818	704	592	379	125	16	2							

I. Zivilrechtspflege

Eine Übersicht über die Zivilsachen, mit denen sich das Bundesgericht im Jahre 1956 zu befassen hatte, gibt folgende Tabelle:

Natur der Streitsache	Von 1955 übertragen	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1957 übertragen
1. Direkte Prozesse	13	10	23	10	13
2. Berufungen	104	404	508	412	96
3. Nichtigkeitsbeschwerden	7	9	16	14	2
4. Revisions-, Erläuterungs- und Modera- tionsbegehren	—	5	5	5	—
Total	124	428	552	441	111

Von den Berufungen wurden erledigt durch:

Nichteintreten	49
Rückzug, Vergleich oder Gegenstandslosigkeit	85
Gutheissung	60
Abweisung	202
Rückweisung an die Vorinstanz	16
	412

Von den 96 auf 1957 übertragenen Berufungen stammt eine aus dem Jahre 1954, die übrigen sind im Berichtsjahre eingegangen (davon 58 in den Monaten November und Dezember).

II. Strafrecht

1. Die Anklagekammer hatte sich mit 36 Fällen (Vorjahr 26) zu befassen, wovon 5 aus dem Jahre 1955, und zwar:

- a. der Aufsicht über drei Voruntersuchungen, nämlich wegen:
 - wirtschaftlichen Nachrichtendienstes,
 - politischen Nachrichtendienstes,
 - Amtsmissbrauches usw.;
- b. 31 Gerichtsstandsstreitigkeiten, davon 19 unter Behörden zweier oder mehrerer Kantone (Art. 264 BStP); in 12 Fällen wurde der Gerichtsstand, auf Begehren einer Partei bestimmt;
- c. 2 Gesuchen betreffend Haftverlängerung.

Alle Geschäfte sind erledigt worden mit Ausnahme desjenigen betreffend wirtschaftlichen Nachrichtendienst, das auf 1957 übertragen wurde.

2. Das Bundesstrafgericht hatte sich mit je einem Fall wegen Amtsmissbrauches und politischen Nachrichtendienstes usw. zu befassen; ferner mit einem Gesuch um Wiedereinsetzung in die bürgerliche Ehrenfähigkeit und zwei Gesuchen um Löschung im Strafregister. Alle Fälle sind erledigt worden.

3. Kassationshof. Die Zahl der anhängigen Geschäfte betrug 486 (Vorjahr 521), davon 67 aus dem Jahre 1955.

Es wurden erledigt durch:

Nichteintreten	154
Rückzug oder Gegenstandslosigkeit	26
Gutheissung	52
Abweisung	176
	<u>408</u>

Die auf 1957 übertragenen Beschwerden sind, mit Ausnahme von 3 Fällen, alle im Berichtsjahr eingegangen, 43 davon in den Monaten November und Dezember.

Von den insgesamt 408 erledigten Geschäften wurden 195 gemäss Artikel 275^{bis} BStP vom Dreierausschuss des Kassationshofes behandelt.

4. Ausserordentlicher Kassationshof. Das aus dem Vorjahr übernommene Geschäft wurde auf 1957 übertragen. Das im Berichtsjahr eingegangene Revisionsgesuch wurde erledigt.

III. Staatsrechtspflege

Die im Jahre 1956 beim Staatsgerichtshof anhängig gewesenen Streitigkeiten verteilen sich wie folgt:

Natur der Streitsache	Von 1955 übertragen	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1957 übertragen
1. Streitigkeiten zwischen Kantonen (Art. 83 b OG)	1	1	2	1	1
2. Streitigkeiten zwischen Vormundschafts- behörden verschiedener Kantone (Art. 83 e OG)	1	1	2	2	—
3. Beschwerden wegen Verletzung verfas- sungsmässiger Rechte der Bürger (Art. 84 a OG)	143	602	745	600	145
4. Beschwerden wegen Verletzung von Staatsverträgen mit dem Ausland (Art. 84 c OG)	4	3	7	5	2
5. Beschwerden betreffend die politische Stimmberechtigung und betreffend kan- tonale Wahlen und Abstimmungen (Art. 85 a OG)	1	3	4	4	—
6. Einsprachen gegen Auslieferungsbegehren fremder Staaten	1	1	2	1	1
7. Revisions- und Erläuterungsbegehren (Art. 136 ff OG)	2	10	12	10	2
8. Rekurse in Enteignungssachen	24	22	46	38	8
Total	177	643	820	661	159

Es wurden erledigt durch:

Nichteintreten	186
Rückzug, Vergleich oder Gegenstandslosigkeit	113
Gutheissung	97
Abweisung	265
	<u>661</u>

204 Fälle wurden durch den gemäss Artikel 92 OG eingesetzten Ausschuss von drei Mitgliedern erledigt, ferner 7 Fälle von der I. Zivilabteilung, 8 Fälle von der II. Zivilabteilung, 4 Fälle von der verwaltungsrechtlichen Kammer und 18 Fälle vom Kassationshof.

Von den 159 auf 1957 übertragenen Geschäften stammen je eines aus den Jahren 1934, 1945 und 1952, je zwei aus den Jahren 1953 und 1954 und 5 aus dem Jahre 1955; die übrigen sind im Berichtsjahre eingegangen (68 in den Mo-

naten November und Dezember). 25 Geschäfte konnten wegen gleichzeitiger Hängigkeit eines Rechtsmittels bei einer andern Behörde noch nicht behandelt werden.

Es wurden 86 Begehren um Erlass provisorischer Verfügungen im Sinne von Artikel 94 OG erledigt.

11 Fälle gaben Anlass zu einem Meinungsaustausch mit dem Bundesrat oder den Departementen über die Kompetenzfrage (Art. 96 OG).

IV. Verwaltungsrechtspflege

Die im Jahre 1956 anhängig gewesenen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten verteilen sich wie folgt:

Natur der Streitsache	Von 1955 übertragen	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1957 übertragen
I. <i>Beschwerden betreffend bundesrechtliche Abgaben</i> (Art. 97 und 98 OG) . . .	48	75	123	84	39
II. <i>Beschwerden gemäss Art. 99 OG:</i>					
1. Registersachen	4	21	25	17	8
2. Zollsachen	3	9	12	7	5
3. Bürgerrecht	—	1	1	1	—
4. Weitere Fälle (Art. 100 OG) . . .	10	24	34	26	8
5. Schutz der Uhrenindustrie . . .	8	22	30	22	8
III. <i>Vermögensrechtliche Ansprüche:</i>					
a. des Bundes oder gegen den Bund (Art. 110 OG)	5	3	8	2	6
b. aus dem Beamtenverhältnis (Art. 110 a OG)	2	1	3	—	3
IV. <i>Anstände über Befreiung von kantonalen Abgaben</i> (Art. 111 a OG) . . .	1	—	1	1	—
V. <i>Disziplinarrechtspflege</i> (Art. 117 ff. OG)	3	5	8	5	3
Total	84	161	245	165	80

Von den 245 anhängig gewesenen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten sind erledigt worden durch:

Nichteintreten	9
Rückzug, Vergleich oder Gegenstandslosigkeit	45
Gutheissung	27
Abweisung	84

V. Schuldbetreibung und Konkurs

Die Gesamtzahl der hängigen Beschwerden und Rekurse betrug 145 (14 weniger als im Vorjahr). Erledigt wurden 140, so dass 5 Fälle auf das Jahr 1957 übertragen werden mussten.

Die Erledigung erfolgte durch:

Nichteintreten	32
Gegenstandslosigkeit	1
Gutheissung	25
Abweisung	82
	<u>140</u>

Die Berichterstattung der kantonalen Aufsichtsbehörden gab zu keinen Bemerkungen Anlass.

Inspektionen wurden auch dieses Jahr keine vorgenommen.

Da die Lohnpfändungen sehr zahlreich sind und die Abklärung der dafür wesentlichen Verhältnisse eine grosse Sorgfalt erfordert, wurden die betreffenden Rubriken des Formulars Nr. 6 für den Vollzug von Pfändungen ergänzt. Infolgedessen werden sich manche nachträgliche Ergänzungen und Berichtigungen vermeiden lassen.

Die Kammer hat dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement zum Gesuch der Konferenz der Betreibungs- und Konkursbeamten der Schweiz um Erhöhung der Gebühren eine Vernehmlassung erstattet. Sie hat ferner die Orientierung der Betreibungsämter über die vom Bundesrat am 27. November 1956 beschlossene Erhöhung der Gebühren für Zahlungsbefehle und Konkursandrohungen angeordnet.

Auf Ersuchen des Eidgenössischen Departements des Innern hat sich die Kammer bereit erklärt, die Zweckmässigkeit eines vom Bundesgericht zu erlassenden Kreisschreibens über die rechtliche Behandlung kinematographischer Filme im Schuldbetreibungs- und Konkursverfahren zu prüfen.

Zu dem vom Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement aufgestellten Entwurf einer Verordnung II zum Bundesgesetz über die wirtschaftliche Kriegsvorsorge (Pflichtlager) hat die Kammer dem Plenum des Bundesgerichtes Vorschläge unterbreitet.

Zwangsliquidation von Eisenbahnunternehmungen; Gläubiger-gemeinschaftsverfahren bei Anleihen solcher Unternehmungen

Gegen eine Eisenbahnunternehmung (Stansstad-Engelberg-Bahn) stellte ein Anleihensgläubiger das Begehren um Anordnung der Zwangsliquidation. Infolgedessen wurde der Schuldnerin eine Zahlungsfrist angesetzt. Die Unternehmung ihrerseits verlangte die Einberufung einer Versammlung der Anleihensgläubiger. Da ein Gläubigerbeschluss im Sinne von Artikel 1170 OR nicht zu-

stande kam, wurde dieses Verfahren als erledigt und die Stundung der fälligen Ansprüche der Anleihegläubiger als dahingefallen erklärt. Die Anordnung der Zwangsliquidation nach Bereinigung der Vorschläge für den zu ernennenden Masseverwalter steht bevor.

Das Gesuch um Einberufung der Obligationäre einer andern Bahnunternehmung erwies sich als unzulässig, da es nicht von der Schuldnerin, sondern vom Anleihevertreter gestellt worden war. Ausserdem betraf es keine der in Artikel 1170 OR vorgesehenen Sanierungsmassnahmen, sondern eine Streitigkeit über die Rechte der Pfandgläubiger, was Gegenstand einer Klage vor Bundesgericht nach Artikel 11 VZEG zu bilden hat.

VI. Eidgenössische Schätzungskommissionen

Den Jahresberichten der Präsidenten entnehmen wir folgende Angaben:

- Kreis I: Von 9 Geschäften (SBB 4, militärische Anlagen 1, Elektrizitätswerke 3, Rückforderung 1) wurde eines erledigt.
- Kreis II: Von 18 Geschäften (SBB 2, Privatbahnen 1, militärische Anlagen 1, Kraftwerke 7, Elektrizitätswerke 7) wurden 10 erledigt.
- Kreis III: Von 7 Geschäften (SBB 6, Privatbahnen 1) wurden 5 erledigt.
- Kreis IV: Von 11 Geschäften (SBB 4, Privatbahnen 1, Flughafen 1, militärische Anlagen 2, Kraftwerke 1, Elektrizitätswerke 2) wurden 5 erledigt.
- Kreis V: Von 8 Geschäften (SBB 1, Strassenbauten 2, militärische Anlagen 2, Kraftwerke 1, Elektrizitätswerke 2) wurden 3 erledigt.
- Kreis VI: Von 14 Geschäften (SBB 4, militärische Anlagen 4, Kraftwerke 1, Elektrizitätswerke 4, PTT 1) wurden 4 erledigt.
- Kreis VII: Von 24 Geschäften (SBB 2, Privatbahnen 1, militärische Anlagen 1, Wasserrecht 1, Kraftwerke 9, Elektrizitätswerke 6, Zoll 2, Strassenbauten 2) wurden 8 erledigt.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

Lausanne, den 11. Februar 1957.

Im Namen des Schweizerischen Bundesgerichts,

Der Präsident:

Stauffer

Der Gerichtsschreiber:

Heiz